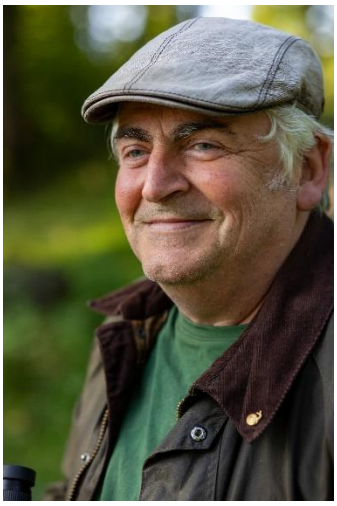


NEWSLETTER Mai 2024

Liebe Leserinnen und Leser,

blockierte Autobahnen, brennende Reifen, mit Schleppern zugeparkte Innenstädte: Diese Bilder lösten Anfang des Jahres eine europaweite Debatte über die Situation der Landwirtinnen und Landwirte aus. Die Bauernproteste führten dazu, dass Landwirtschafts-Themen über Wochen in die Öffentlichkeit rückten und so Druck auf politische Entscheidungsträger entstand. Doch die Kommission und später auch die Mehrheit des EU-Parlaments zog daraus die falschen Schlüsse: Anstatt auf das Kernproblem der Landwirte - zu niedrige und volatile Einkommen und eine hochkomplizierte Detailregelung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) - einzugehen, wurde unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus im Rekordtempo und ohne Folgenabschätzung die Axt an jahrelang mühsam erkämpfte Umweltstandards der GAP gelegt.

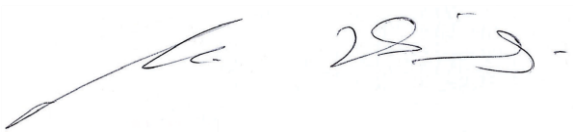
Diese Entscheidung war ein vorläufiger Schlusspunkt einer Kampagne gegen den Green Deal und die Farm-to-Fork-Strategie, die zwar schon kurz nach Bekanntwerden der beiden Strategien begann, dann aber mit der Corona-Pandemie und dem Einmarsch Russlands in die Ukraine erst richtig laut wurde. Konservative und rechte Kräfte in Parlament und Rat witterten die Gelegenheit, mit einer kurzsichtigen Argumentation zur Ernährungssicherheit und populistischen Aktionen gegen die Initiativen zu Pestizidreduktion und zur Naturwiederherstellung wieder Oberwasser in der Diskussion zu bekommen. Die Abkehr vom Green Deal und ein fatales Wegducken vor der Doppelkrise Klimawandel und Artensterben wurde dann auch von der Kommissionspräsidentin übernommen, die kurzerhand in die oberflächliche und rückwärtsgewandte Rhetorik einstimmte und den von ihr ausgerufenen „Man-on-the-Moon-Moment“ des Green Deals einkassierte. Sei es das Scheitern einer gemeinsamen Position zur Pestizidreduktion, eine für den Bodenschutz wenig ambitionierte Bodenüberwachungsrichtlinie, oder die geplante Deregulierung von Saatgut und Pflanzen, die mit Neuer Gentechnik erzeugt werden: Wir erleben in Brüssel immer wieder, wie Konservative, gemeinsam mit Rechten und Liberalen, Vorhaben zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen blockieren. Nun sogar mit dem Segen der Kommissionspräsidentin. Dem müssen wir uns mit aller Kraft entgegenstemmen.

Denn Kämpfen lohnt sich, wie unsere Erfolge in den letzten Monaten zeigen: Die kürzlich im Parlament beschlossene Position zur Saatgut-Verordnung stellt die Weichen zugunsten der Biodiversität in Europa und macht zukunftsfähiges Saatgut marktfähig, die Parlamentsposition zu Neuer Gentechnik enthält unsere Mindest-Forderungen nach Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit, und nicht zuletzt stimmte das Parlament im Sinne der Umwelt auf den letzten Metern noch für das lang verhandelte Naturwiederherstellungsgesetz.

Allerdings liegen die finalen Gesetzestexte nicht allein in den Händen des EU-Parlaments. Es gibt daher noch viel zu tun. In den nächsten Wochen werde ich an vielen Orten Deutschlands zu Gast sein, um mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen und klarzumachen, dass wir uns weiterhin für eine nachhaltige EU-Umwelt- und Agrarpolitik einsetzen werden. Denn diese ist maßgebend für unser aller Zukunft.

Ich hoffe, Euch in den nächsten Wochen auf einer meiner Etappen antreffen zu dürfen. Bis dahin wünsche ich einen schönen Frühling.

Viel Freude beim Lesen,



Euer Martin

MARTIN HÄUSLING, MdEP

Mitglied des Europäischen Parlaments
Grüner Europaabgeordneter für Hessen

THEMEN IN DIESEM NEWSLETTER:

Neue Gentechnik
Finale Entscheidung vertagt

Biokraftstoffe
Erweiterung der Rohstoff-Liste

Bodenschutz
mit der „Bodenüberwachungsrichtlinie“?

Pestizidreduktion
Kann man Bauern nicht zumuten?

Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)
Demontage der Umweltstandards

Pflanzliches Vermehrungsmaterial
Parlamentsmandate verabschiedet

Sarah Wiener zu Besuch
Veranstaltungen und Gespräche im frühlingshaften Nordhessen

Terminvorschau

NEUE GENTECHNIK

Neue Gentechnik – finale Entscheidung vertagt: Das Europäische Parlament hat seine Position verabschiedet, der Rat ist noch uneins

Zwischen November 2023 und Anfang Februar 2024 wurde im Europäischen Parlament (EP) die Positionsfindung zum Kommissionsvorschlag zur Deregulierung der Neuen Gentechnik durchgepeitscht. Ausreichende Beschäftigung mit der komplexen und technischen Materie war in der Kürze der Zeit nicht möglich und - von Seiten der Berichterstatterin der EVP - auch nicht erwünscht. Kritische Stimmen zum Kommissionsvorschlag, wie die aktuellste Einschätzung der französischen Behörde für Lebensmittelsicherheit ANSES, der Kommentar des deutschen Bundesamtes für Naturschutz (BfN) und der des Netzwerkes von Wissenschaftlern für soziale und ökologische Verantwortung (ENSSER), wurden weder von der Kommission noch im EP berücksichtigt und erst nach bereits erfolgter Abstimmung überhaupt im Umweltausschuss zum Teil angehört. ANSES, BfN und ENSSER widerlegen klar die Grundannahme der EU-Kommission, dass NGT-Pflanzen der Kategorie 1 nicht mehr Risiken bergen als konventionelle Pflanzen. Alle drei Organisationen betonen, dass unerwartete Auswirkungen durch NGT 1 auf die Pflanzen selbst und ihre Ökosysteme möglich sind.

Der federführende Umwelt- und Gesundheitsausschuss (ENVI) des Europäischen Parlaments stimmte am 24. Januar seine Position ab, die Plenarabstimmung folgte am 7. Februar. Da der Rat sich bislang nicht auf eine gemeinsame Position einigen konnte, konnten noch keine Verhandlungen zwischen Kommission, Rat und Parlament aufgenommen werden.

Die vorliegende Position des Parlaments konnte den schlechten Kommissionsvorschlag leider nicht grundlegend verbessern. Daher haben wir Grüne, die Linken sowie ein Großteil der Sozialisten dagegen gestimmt. Die aktuelle EU-Gentechnikgesetzgebung, die auf dem Vorsorgeprinzip beruht, ist gut - die Neuregulierung, wie sie das EU-Parlament, basierend auf dem Vorschlag der EU-Kommission, mehrheitlich anstrebt, ist von wissenschaftlich nicht fundierten wirtschaftlichen Partikularinteressen sowie falschen Versprechungen und Hoffnungen getrieben. Zumindest enthält der finale Text unsere Mindest-Forderungen nach Kennzeichnung von Saatgut, Pflanzen und Erzeugnissen, die mit den Verfahren der Neuen Gentechnik erzeugt wurden und die Verpflichtung zur Rückverfolgbarkeit.

Besonders heikel ist nach wie vor, dass die derzeitige Position vorsieht, Saatgut und Pflanzen, die mit neuer Gentechnik wie Crispr Cas erzeugt wurden, mit denen aus herkömmlicher Züchtung gleichzusetzen und daher die Risikoprüfungen für diese neuartigen Pflanzen vollständig entfallen

zu lassen. Das wäre wie ein Roulette-Spiel mit der Natur: wie sich die gentechnisch veränderten Pflanzen in der freien Natur verhalten, bliebe dann völlig ungeprüft.

Auch die Auswirkungen, die die vorgesehene Neuregulierung auf die konventionelle Pflanzenzüchtung und die Vielfalt der Kulturpflanzen hätte, werden ignoriert: auch wenn sich das Europaparlament gegen Patente ausgesprochen hat, bleibt das nicht mehr als frommes Wunschdenken. Schließlich liegt die dafür nötige Änderung des Europäischen Patentübereinkommens außerhalb der Zuständigkeit der EU.

Befürworter:innen der Deregulierung der Neuen Gentechnik argumentieren, dass wir die Neue Gentechnik brauchen, um in Zeiten der Erderwärmung und des Artenschwundes die Ernährungssicherheit zu garantieren. Dem widerspreche ich entschieden: gentechnisch verändertes Saatgut wird die Welt weder vor Hunger retten noch zum Erhalt der Artenvielfalt beitragen. Was weltweit bisher auf den Markt kam, war keine dem Klimawandel trotzende Superpflanze, sondern schlicht Pflanzen mit einzelnen veränderten Merkmalen – in Japan z.B. eine Tomate mit einem besonders hohen Gehalt des Botenstoffes Gamma-Aminobuttersäure (GABA), der den Blutdruck senkt und den Schlaf fördert. Auch die Schweizer Ethikkommission für Biotechnologie sagt es deutlich: gentechnisch veränderte Pflanzen sind keine Lösung für den Klimawandel, denn die gewünschten Eigenschaften wie Trockenresistenzen sind zu komplex. Viel geeigneter ist es, wenn Forschung auf Mischkulturen und heterogene Pflanzenpopulationen setzt.

Wenn wir eine klimawandelangepasste, nachhaltige Landwirtschaft fördern wollen, müssen wir vermehrt umstellen auf agrarökologische Landbewirtschaftung mit vielfältigem, lokal weiterentwickeltem und angepasstem Saatgut und ohne den Einsatz chemisch-synthetischer Pestizide. So schonen wir Böden, Wasser und Artenvielfalt am nachhaltigsten. Außerdem bleibt Vielfalt die wichtigste Komponente für die nötige Resilienz der Landwirtschaft gegenüber zunehmenden Wetterextremen.

Mehr Informationen zum Kommissionsvorschlag zur Neuregulierung der Neuen Gentechnik hier: https://martin-haeusling.eu/themen/agro-gentechnik.html

Mein Meinungsbeitrag zu Neuer Gentechnik und Pestiziden auf

https://www.energiezukunft.eu/meinung/die-meinung/konservative-haben-den-gong-nicht-gehoert/

AGROTREIBSTOFFE

Erweiterung der Rohstoff-Liste

Im April hat sich das EU-Parlament auch zu einer Erweiterung der Liste der Rohstoffe für die Herstellung von Agrokraftstoffen und Biogas positioniert. Diese Liste ist Teil der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie (RED). Zusammen mit Vertreter:innen der anderen Fraktionen habe ich Einspruch eingelegt, da diese Erweiterung Pflanzen ‚*von stark degradierten Flächen*' sowie Zwischenfrüchte zur Nutzung als Agrokraftstoff bzw. Biogas einschließen soll.

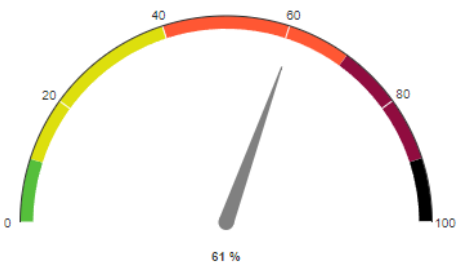
Eine erhöhte Nachfrage nach Pflanzen zur Erzeugung von Agrokraftstoffen und Biogas wird es nicht ohne negative Umwelt- und Klimaauswirkungen geben. Degradierte Flächen müssen aufgebaut und nicht für die Energieproduktion weiter ausgebeutet werden. Der Mehrheit der Konservativen im Europäischen Parlament war der Kommissionsvorschlag hingegen nicht weitreichend genug. Sie hätten gerne noch zweifelhafte weitere Stoffe auf die Liste der verwendbaren Rohstoffe aufgenommen. Der Einspruch fand daher im Europäischen Parlament leider keine Mehrheit.

BODENSCHUTZ

- mit der „Bodenüberwachungsrichtlinie“?

In der am 17.11.2021 vorgestellten **Bodenschutzstrategie** für einen EU-weiten Rahmen für den Schutz und die nachhaltige Nutzung des Bodens spricht die EU-Kommission die verschiedenen Bedrohungen des Bodens an und bedauert, dass es nach wie vor keinen EU-weiten Schutzrahmen für Böden gibt, wie er für Luft und Wasser bereits existiert. Auch das Europäische Parlament hatte im Frühjahr 2021 in einer Resolution einen verbindlichen Legislativvorschlag zum Schutz des Bodens gefordert. Laut der Europäischen Umweltagentur kostet die Verschlechterung der Bodenqualität in der EU uns bereits jetzt jährlich mehr als 50 Milliarden Euro. Doch aus dem angekündigten “Bodengesundheitsgesetz” wurde nun eine **Richtlinie zur Bodenüberwachung.** Der Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie zur Bodenüberwachung wird in seiner jetzigen Form das Erreichen gesunder Böden in der EU nicht ermöglichen.

Proportion of land affected by soil degradation in the EU



Quelle: EU Soil Observatory

Am 10. April hat das EU-Parlament über das Bodenüberwachungsgesetz abgestimmt. Leider fanden einige wichtige und gute im Umweltausschuss verhandelte Verbesserungen des Kommissionsvorschlags keine Mehrheit. Der Parlamentsstandpunkt verpflichtet die Mitgliedsstaaten nicht dazu, den ökologischen Zustand des Bodens innerhalb eines strengen Zeitrahmens zu verbessern. Außerdem enthält er keine Grundsätze der nachhaltigen Bodenbewirtschaftung für die Landwirtschaft. Positiv ist hingegen, dass das Ziel der Erreichung gesunder Böden in der EU bis 2050 bekräftigt wurde, die von uns Grünen vorgeschlagene Nichtverschlechterungsklausel angenommen wurde, eine allgemeine Verpflichtung zur Verbesserung und Sanierung der Böden hinzugefügt wurde und ein strenger Zeitplan für Bodenuntersuchungen beibehalten wurde. Gut und wichtig ist auch die Umstellung der Bewertung der Bodengesundheit von einem binären Ansatz (gesund/nicht gesund) auf ein 5-Kategorien-System (hoher, guter und mäßiger ökologischer Zustand, degradiert und kritisch degradiert).

Insofern stellt der Parlamentsstandpunkt zur Bodenüberwachungs-Richtlinie immerhin einen kleinen Fortschritt für den so wichtigen Kampf gegen Erosion, Verschmutzung und Übernutzung einer unserer wichtigsten Lebensgrundlagen dar. Der Weg zu einer effizienten, wahren Bodenschutzregelung bleibt aber noch weit.

Guter Podcast vom Deutschlandfunk zum Thema

Studie im Auftrag der Greens/EFA zum Zustand der Böden in Europas Landwirtschaft

Positionspapier Martin Häusling „Lebendige Böden statt Kohlenstofflagerstätten“

Positionspapier Martin Häusling „Glyphosat ist kein Bodenschutzmittel“

Interview mit Martin Häusling zum Flächenfraß

PESTIZIDREDUKTION

Kann man Bauern nicht zumuten?

Nach der guten Vorarbeit der Grünen Berichterstatterin Sarah Wiener und den guten Kompromissen, die im Umweltausschuss erreicht wurden, hat das Europäische Parlament keine Position zur Verordnung zum nachhaltigen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln (SUR) gefunden. Der Antrag, den Vorschlag an den Umweltausschuss zurückzuweisen, wurde auch abgelehnt. Im Ergebnis können die Trilog-Verhandlungen nicht beginnen und es wird keine Pestizidverordnung geben. Damit gibt das Parlament den ambitionierten und dennoch praktikablen Kompromiss des

Umweltausschusses auf und ist raus aus den Verhandlungen. Durch ein grobes Foulspiel mit einer unwürdigen Nebel-Kampagne mit Falschaussagen wurde ein wichtiges Gesetz auf die lange Bank geschoben. Was uns das einbringt: Weiterhin Gift, selbst in sensiblen und Naturschutzgebieten, auch der integrierte Pflanzenschutz wird weiter ignoriert und zukunftsfähige Anbaumethoden landen wieder in der Mottenkiste. Gegen sämtliche wissenschaftlichen Empfehlungen. Unverantwortlich. Am 6. Februar 2024 verkündete EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments, dass die EU-Kommission ihren Vorschlag für eine Pestizidverordnung zurückzieht. Wir Grüne/EFA haben die EU-Kommission aufgefordert, in der nächsten Legislaturperiode einen neuen, mehrheitsfähigen Plan zur Pestizidreduktion vorzuschlagen.

Glyphosat-Abdrift in nächster Nähe zu einem Brunnen.

Kommentar NDR: Pestizide gerettet, Artenvielfalt nicht

BUND-Empfehlungen zur Umsetzung einer Pestizidreduktionstrategie

Veranstaltung nachsehen: Pflanzenschutz oder Umweltschmutz…

GEMEINSAME AGRARPOLITIK

Demontage der Umweltstandards

Die EU-Kommission hat kurz vor Ende der Legislatur in einem atemberaubenden Tempo die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) von wesentlichen verbindlichen Umweltstandards (Guter Landwirtschaftlich-Ökologischer Zustand, GLÖZ) entkernt. In der letztmöglichen Plenarabstimmung vor den Neuwahlen des EU-Parlaments im Juni hat eine Allianz aus Konservativen, Rechten, Liberalen und einer Mehrheit der Sozialdemokraten dem Legislativvorschlag der Kommission zugestimmt und damit einen

unverantwortlichen Deal gegen die Umwelt besiegelt. Als Begründung für den Abbau der Umweltstandards wird von allen Seiten der Bürokratieabbau ins Feld geführt. Tatsächliches Ziel dieser Hau-Ruck-Entscheidung ist, die Landwirte vor der Europa-Wahl von der Straße zu holen und den von Rechten und Konservativen ungeliebten „Green Deal“ auszuhöhlen. Katastrophal ist, dass auch die Beschneidung der Umweltstandards an den wahren Problemen der Landwirte nichts ändern wird, denn das Kernproblem sind die Marktmacht der Handelsketten und Zulieferkonzerne sowie die unwirksamen Regelungen gegen unlauteren Wettbewerb. Die Kommission selbst hatte in einem Bericht zur Ernährungssicherheit 2023 vor allem den Klimawandel und die Belastung der Ökosysteme genannt und auch die Wissenschaft sieht hier mehrheitlich die wichtigste Bedrohung.

Dennoch argumentiert die Kommission nun: „(...) *außerdem besteht die Gefahr, dass solche Anforderungen (*Anmerkung: Umweltanforderungen) *angesichts ihres tatsächlichen Beitrags zur Verwirklichung des Ziels des Bodenschutzes bei den GLÖZ-Standards Nr. 5, 6 und 7 und des Ziels der Erhaltung von Lebensräumen und Arten beim GLÖZ-Standard Nr. 9 unverhältnismäßig wären...“*. Eine Folgenabschätzung zu dieser Behauptung, die bereits vielfach durch Wissenschaftler und sogar vom EU Rechungshof widerlegt ist, gibt es nicht und auch keine Aussage zum Widerspruch mit dem eigenen Bericht zur Ernährungssicherheit.

Die Demontage der Umweltstandards ist verheerend für Klima und Umwelt, dementsprechend auch für die Zukunft der Landwirtschaft selbst, und eine Komplettabkehr von der Forderung „Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“. Prof. Sebastian Lakner, Uni Rostock, analysiert, dass die neuen Regelungen aus umweltpolitischer Sicht einen Rückschritt von etwa 10-15 Jahren bedeuten werden.

Copyright: Arc2020

Die folgenden Änderungen der bislang verbindlichen Regeln für die Landwirtschaft sind besonders gravierend:

GLÖZ 8: Erhaltung nichtproduktiver Landschaftselemente und Flächen zur Verbesserung der Biodiversität innerhalb landwirtschaftlicher Betriebe. Mit Ausnahme der Erhaltung von Landschaftsmerkmalen wurden alle Auflagen gestrichen. Die Vorschrift, dass mindestens 4% der Ackerfläche für den Naturschutz bereitgestellt werden muss, entfällt. Wir verlieren somit voraussichtlich > 9 Mio. ha ökologische Vorrangflächen in Europa (vgl. 2019), die per Definition pestizidfrei waren. Ein schwerer Schlag für die biologische Vielfalt.

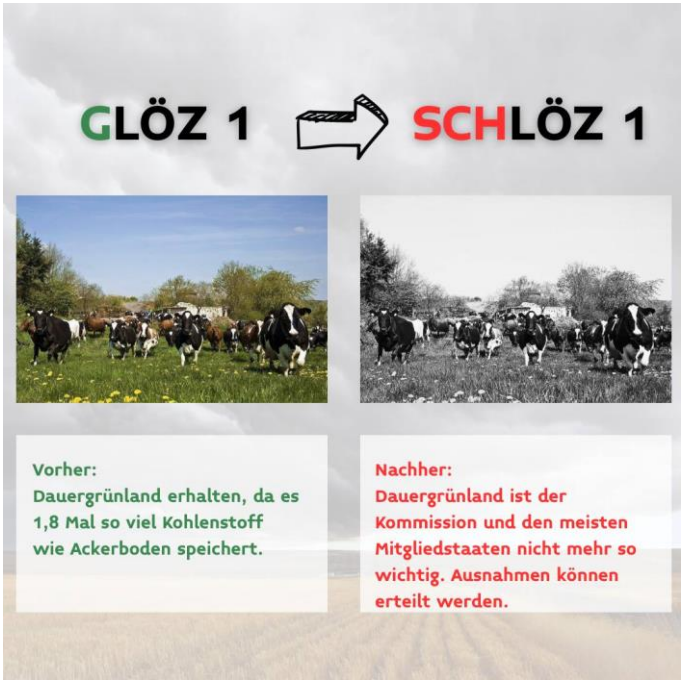
GLÖZ 7 (Fruchtartendiversifizierung): Die jährliche Verpflichtung, einjährige landwirtschaftliche Kulturen im Betrieb zu wechseln, entfällt. Sie war ohnehin keine richtige Fruchtfolgeregel, doch nun kann wieder Mais nach Mais oder Raps nach Raps angebaut werden. Mit verheerenden Auswirkungen sowohl auf die Bodenfruchtbarkeit, die Erosionsanfälligkeit als auch den Pestizideinsatz.

Allgemeine mögliche Ausnahmen werden eingeführt zu:

- GLÖZ 5 (Auflagen zur Bodenbearbeitung): Mindestauflagen entsprechend nur noch den standortspezifischen Bedingungen zur Begrenzung der Erosion.

- GLÖZ 6 (Mindestbodenbedeckung): Schutz der Böden in den sensibelsten Zeiten wird flexibilisiert.

- GLÖZ 9 (Verbot der Umwandlung oder des Umpflügens von Dauergrünland), das als umweltsensibles Dauergrünland in Natura-2000-Gebieten ausgewiesen ist oder zur Bodenbearbeitung: Pflügen wird erlaubt, wenn Schädigung durch Raubtiere oder invasive Arten besteht.



Auch **GLÖZ 1 (Grünlandschutz)** wurde verwässert. Das Umpflügen von langjährigem Dauergrünland wird extrem erleichtert, eine wesentliche Änderung der seit 2013 geltenden Vorschriften zum Schutz des Dauergrünlands. Die Änderung drängt die Vermutung auf, dass gerade für Intensivregionen die Umwandlung des Grünlands zu Ackerland erleichtert werden soll. Es ist daher zu erwarten, dass in diesen Intensivregionen die letzten für Biodiversität und Klimaschutz so wichtigen Grünland-Refugien verschwinden und sich die Einteilung in Schmutz- und Schutzregionen weiter verschärft.

Mehr Infos hier: https://www.martin-haeusling.eu/themen/bodenkonzentration-und-landgrabbing-2/3127-kein-gefallen-fuer-natur-landwirtschaft-verbraucher-innen-geplante-strukturelle-schwaechungen-der-gloez-standards-co.html

https://www.martin-haeusling.eu/presse-medien/pressemitteilungen/3137-abkehr-vom-green-deal-ruecknahme-von-gap-umweltauflagen-in-rekordtempo.html

PFLANZLICHES VERMEHRUNGSMATERIAL

Parlamentsmandate verabschiedet

Der Vorschlag der EU-Kommission zu pflanzlichen Vermehrungsmaterial (PVM), auch als Saatgutrecht bekannt, war lange erwartet worden. Das Europäische Parlament hat in seiner letzten Sitzung seine Position zur Verordnung festgelegt. Insgesamt kann die Parlamentsposition als positiver Schritt für die Biodiversität in Europa betrachtet werden. Die Notwendigkeit des Erhalts der Kulturpflanzenvielfalt und des Erhalts alter Sorten für eine zukunftsfähige Landwirtschaft ist angesichts des Klimawandels immens. Die Position des Parlaments schreibt zum Beispiel fest, dass die erst im Jahre 2022 eingeführten Regelungen für Öko-Saatgut unverändert beibehalten werden.

Demonstration für den Erhalt vielfältiger Kulturpflanzensorten in Brüssel. Copyright: Arche Noah

Damit wurde der Vorschlag der Kommission zur Öffnung der Öko-Verordnung abgelehnt. Das gibt den Öko-Züchtern Planungssicherheit. Landwirte dürfen außerdem nicht nur Saatgut, sondern auch weiter Obstgehölze an andere Landwirte weitergeben, unter der Bedingung, dass der Sortenschutz abgelaufen ist und die Sorte bedroht ist. Die Parlamentsposition bietet zudem eine gute Basis für Erhaltungsnetzwerke alter Sorten. Das Europäische Parlament kann nun in der nächsten Legislatur in die Trilog-Verhandlungen eintreten.

Mehr Informationen: https://www.martin-haeusling.eu/themen/saatgut/3143-briefing-zum-parlamentsmandat-zum-saatgutrecht-verordnung-zum-pflanzlichen-vermehrungsmaterial-pvm.html

https://www.martin-haeusling.eu/presse-medien/pressemitteilungen/3139-abstimmung-zu-pflanzlichem-vermehrungsmaterial-weichenstellung-zugunsten-der-biodiversitaet.html

BESUCH VON SARAH WIENER

Veranstaltung und Gespräche im frühlingshaften Nordhessen

Über das Wochenende vom 12. bis 14. April hatte ich das Vergnügen, meine Freundin, die Europaabgeordnete und renommierte Köchin Sarah Wiener, in meinem Wahlkreis zu begrüßen.

Am Freitag begannen wir unsere Tour bei der Upländer Bauernmolkerei in Willingen-Usseln. Da mein Hof seit Jahren an die Molkerei liefert, durften wir einen Blick hinter die Kulissen des neu errichteten Standorts von 2022 werfen. Der stellvertretende Betriebsleiter, Leonard Wacker, und die Vorstandsmitglieder führten uns durch die beeindruckende und innovative Produktionsstätte, die auf dem neuesten Stand der Technik ist. Ein Besuch des Upländer Youtube-Kanals lohnt sich auf jeden Fall! Anschließend fand ein Gespräch mit den Vorstandsmitgliedern im „Muhseum“ in Usseln statt.

Danach besuchten wir das Nationalparkzentrum Kellerwald Edersee in Vöhl, wo uns der Nationalparkleiter Manuel Schweiger durch die neue interaktive Ausstellung führte. Im hauseigenen 3D-Kino konnten wir den Nationalpark fast hautnah erleben. Auch hier ist ein Besuch sehr zu empfehlen! Anschließend tauschten wir uns bei Kaffee und Kuchen über Themen wie die Zukunft der Luchse, Wölfe und des Nationalparks aus.

Am Abend begaben wir uns nach Kerstenhausen zu Katja Hack, einer bekannten Köchin aus der Welt der Sternegastronomie und Fernsehköche. Ihr Restaurant ist eine hervorragende Adresse für regionale Küche und hat auch Sarah Wiener gefallen 😉.

Am Samstagmorgen besuchten wir die Landgarnelenzucht der Familie Damm in Niedenstein, gemeinsam mit dem Kreisverband Schwalm-Eder. Dort hat Betreiber Sven Damm von der Schweinezucht zur Garnelenzucht gewechselt und sich so eine regionale Nische gesichert. Anschließend erlebten wir den Weideaustrieb unserer Milchkühe, ein jährliches Spektakel, das immer wieder Begeisterung hervorruft.

Der Höhepunkt des Samstagabends war unsere gemeinsame Veranstaltung im Kurhaus Bad Zwesten mit 80 Teilnehmern. Wir diskutierten über die Wertschätzung hochwertiger Lebensmittel und die Bedeutung nachhaltiger Landwirtschaft für eine zukunftsfähige Ernährung und die Eindämmung von Klimawandel und Artensterben. Themen wie das Mikrobiom unseres Darms, die damit zusammenhängende Vielfalt des Bodenlebens und die nachhaltige Bewirtschaftung von Weiden und Äckern standen im Mittelpunkt. Die Moderation übernahm mein Freund Boris Mijatovic, Mitglied des Bundestags aus Kassel.

Die Diskussionsteilnehmer gaben mit kurzen Impulsvorträgen den Startschuss für den Abend. Sarah Wiener lenkte den Fokus auf unsere Ernährungsgewohnheiten und die Bedeutung einer gesunden Darmflora im Zusammenhang mit einer nachhaltigen Landwirtschaft. Florian Schwinn stellte sein neues Buch "Die Klimakuh - von der Umweltsünderin zur Weltretterin" vor und zeigte anhand von Bildern, wie angepasste Formen der Landwirtschaft und Tierhaltung zum Schutz des Klimas und der Biodiversität beitragen können. Tim Treis erläuterte die Chancen des regionalen Ökolandbaus für Umwelt und Verbraucher. In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, wie wichtig es ist, das Bewusstsein für hochwertige Ernährung in der Breite der Gesellschaft zu stärken.

Die Quintessenz dieses Abends lautet: Kühe und andere Tiere gehören auf die Weide, nicht nur zu ihrem eigenen Wohl, sondern auch aus Klimaschutzgründen, zur Förderung der Biodiversität, unserer Ökosysteme und letztendlich unserer Gesundheit. Dies erfordert eine Anpassung der Agrarpolitik, die kleinteilige Landwirtschaft fördert. Bildungs- und Gesundheitspolitik müssen ebenfalls einbezogen werden, um bereits in jungen Jahren das Bewusstsein für gesunde Ernährung zu stärken.

Den Abschluss des Abends bildete eine gemütliche Runde mit Käse, Brot und Wein vom Kellerwaldhof, begleitet von lockerer Stimmung und Musik von Gereon Schoplick auf seiner 12-saitigen Gitarre.

Es war ein wundervolles Frühlings-Wochenende voller interessanter Einblicke, guter Gespräche und viel Gelächter.

TERMINVORSCHAU

27.05.2024, 19.00 bis 20.30 online: „Auf dem Boden bleiben: Regenerative Landwirtschaft“

mit Christina-Johanne Schröder MdB, Karl Bär MdB, Martin Häusling MdEP und den Expertinnen Tina Marie Jahn (INKOTA), Prof. Dr. Gabrielle Berg (ATB Potsdam) und Dr. Andrea Beste (Bodenexpertin)

Es gibt kaum etwas Besseres als organische Bodensubstanz. Sie bindet Treibhausgase, saugt Regenmassen auf und speichert Wasser für Dürreperioden. Gesunder Boden ernährt die Pflanzen, die wir ernten und ist Garant dafür, dass unser Essen die Nährstoffe enthält, die wir brauchen, um gesund zu bleiben. Doch in der Europäischen Union sind ca. 60% der Böden in schlechtem Zustand – ein Problem für die Ernährungssicherung und für die Landwirtschaft in

Zeiten der Klimakrise. Daher wurden in den letzten Jahren auf EU-Ebene und nationale Anstrengungen unternommen, um unsere Böden besser zu schützen und organische Bodensubstanz – also Humus - aufzubauen. Auch unter Landwirt*innen ist ein Problembewusstsein entstanden. In diesem Kontext werden Bodenschutzmaßnahmen zunehmend unter dem Überbegriff der regenerativen Landwirtschaft beworben. Doch dieser Trendbegriff wurde auch von großen Agrar-Konzernen gekapert, um Greenwashing zu betreiben.

Im Fachgespräch wollen wir aufzeigen, mit welchen politischen Maßnahmen der Boden besser geschützt werden kann, ohne dabei falschen Versprechungen auf den Leim zu gehen.

Mehr Infos und Anmeldung hier.

KONTAKT UND IMPRESSUM

Für Kontakte, Anregungen und Kommentare stehen ich und mein Team in Brüssel, Wiesbaden und Berlin Euch gern zur Verfügung:
Kontaktmöglichkeiten.

V.i.S.d.P. Martin Häusling (MdEP)

Bildrechte sofern nicht anders angegeben in Eigenbesitz.

Die Anmeldung für den Newsletter findet Ihr hier.